Kleine Anfrage

des Abg. Daniel Lindenschmid AfD

und

Antwort

des Ministeriums für Finanzen

Gemeinnützigkeit von politischen Vereinen, die möglicherweise linksextremistisch beeinflusst sind

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Voraussetzungen muss ein Verein erfüllen, um als gemeinnützig zu gelten und Spendenbescheinigungen ausstellen zu können?
2. Welche Gründe führen zu einer Aberkennung der Gemeinnützigkeit eines Vereins?
3. Von welchen Vereinen in Baden-Württemberg ist bekannt, dass der Status der Gemeinnützigkeit innerhalb der letzten zehn Jahre vorübergehend oder bis heute aberkannt wurde?
4. Ist die politische Bildungsarbeit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BDA) Baden-Württemberg – sowie deren Kreisvereinigungen nach Einschätzung der Landesregierung allgemein und insbesondere steuerbegünstigend förderbar und falls nein, warum nicht?
5. Erhielt der Verein „Die AnStifter – InterCulturelle Initiativen e. V.“ innerhalb der letzten zehn Jahre staatliche Förderungen und falls ja, für welche Projekte?
6. Erfüllt der in Frage 5 genannte Verein nach Sicht der Landesregierung die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit oder liegen mit Blick auf bestimmte Kooperationspartner (wie die auf der Homepage aufgelistete „antifaschistische Jugend Rhein-Neckar“) möglicherweise linksextremistische Einflüsse und eine politisch einseitige Agitation vor?
7. Inwiefern liegt bei dem gemeinnützigen Musikverein „Einsatz – Musik für Menschen in Not e. V.“ aus Sicht der Landesregierung eine politisch einseitige Agitation vor, hinsichtlich dessen Spendenaufrufe für die im Wahlkampf organisierte Anti-AfD Plakatkampagne?
8. Inwiefern liegt bei dem gemeinnützigen Verein „Bündnis Demokratie Ulm“ aus Sicht der Landesregierung eine politisch einseitige Agitation vor?

Eingegangen: 14.7.2025 / Ausgegeben: 2.9.2025

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

9. Welche Möglichkeiten gibt es, einem Verein, der die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit nicht mehr erfüllt, die Gemeinnützigkeit abzuerkennen?

14.7.2025

Lindenschmid AfD

Begründung

Vereine können unter bestimmten Voraussetzungen den Status der Gemeinnützigkeit beantragen und erhalten dadurch steuerrechtliche Vorteile. Bei politisch orientierten Vereinen kann die Gefahr, dass diese durch einseitige politische Agitation und gezielter Beeinflussung der Öffentlichkeit den Status der Gemeinnützigkeit ausnutzen, bestehen. In der vielbeachteten Drucksache 20/15035 der CDU-Bundstagsfraktion wurde dieses Risiko in Hinblick auf einige potenziell gemeinnützige Vereine näher beleuchtet.

Die vorliegende Kleine Anfrage möchte diese Thematik noch einmal mit Bezug auf Baden-Württemberg und insbesondere auf politisch agierende Vereine mit möglicher linksextremistischer Beeinflussung aufgreifen.

Antwort*)

Mit Schreiben vom 29. August 2025 Nr. FM3-S 0171-5/13 beantwortet das Ministerium für Finanzen im Einvernehmen mit den Ressorts die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Welche Voraussetzungen muss ein Verein erfüllen, um als gemeinnützig zu gelten und Spendenbescheinigungen ausstellen zu können?

Zu 1.:

Für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit eines Vereins muss dieser gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 52 Absatz 2 Abgabenordnung fördern. Die Gemeinnützigkeit eines Vereins setzt voraus, dass dessen Tätigkeit der Allgemeinheit zugutekommt. Daneben müssen die geförderten, steuerbegünstigten Zwecke durch den Verein selbstlos, ausschließlich und unmittelbar verfolgt werden. Entsprechend des zweistufigen Prüfverfahrens der Finanzverwaltung müssen sich die vorstehenden Kriterien bereits aus der Satzung, aber auch aus der tatsächlichen Geschäftsführung der Organisation ergeben.

Zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen („Spendenbescheinigungen“) ist ein Verein im Übrigen erst nach förmlicher Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch das zuständige Finanzamt berechtigt.

2. Welche Gründe führen zu einer Aberkennung der Gemeinnützigkeit eines Vereins?

Zu 2.:

Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit eines Vereins kann aus verschiedenen Gründen erfolgen. So kann die Gemeinnützigkeit vom Finanzamt zu entziehen sein, wenn die Voraussetzungen, die zur Anerkennung geführt haben, nicht mehr erfüllt sind oder ein Verein gegen die gemeinnützigkeitsrechtlichen Vorgaben verstoßen hat.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Hierzu zählen beispielsweise Verstöße gegen die gemeinnützige Mittelverwendung, die Verletzung des Selbstlosigkeitsgebots sowie die Ausübung von Tätigkeiten, die von der Vereinssatzung und den satzungsmäßig verfolgten Zwecken abweichen.

3. *Von welchen Vereinen in Baden-Württemberg ist bekannt, dass der Status der Gemeinnützigkeit innerhalb der letzten zehn Jahre vorübergehend oder bis heute aberkannt wurde?*

Zu 3.:

Das in § 30 Abgabenordnung verankerte Steuergeheimnis, wonach „Verhältnisse eines anderen“, welche der Finanzbehörde bekannt sind, nicht offenbart werden dürfen, steht einer Beantwortung der Frage seitens der Finanzverwaltung entgegen.

Die Vorschrift zur Wahrung des Steuergeheimnisses nach § 30 Abgabenordnung erstreckt sich auf die gesamten persönlichen, wirtschaftlichen, rechtlichen, öffentlichen und privaten Verhältnisse eines/einer Steuerpflichtigen. Zu den insoweit geschützten Daten zählt auch die Anerkennung bzw. Aberkennung der Gemeinnützigkeit eines Vereins.

4. *Ist die politische Bildungsarbeit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BDA) Baden-Württemberg – sowie deren Kreisvereinigungen nach Einschätzung der Landesregierung allgemein und insbesondere steuerbegünstigend förderbar und falls nein, warum nicht?*

Zu 4.:

Die Frage ist einer allgemeinen Beantwortung nicht zugänglich. Sie kann nur bezogen auf den konkreten Antrag einer entsprechenden Vereinigung oder Untergliederung dieser Vereinigung im konkreten Antragszeitpunkt beurteilt werden.

5. *Erhielt der Verein „Die AnStifter – InterCulturelle Initiativen e. V.“ innerhalb der letzten zehn Jahre staatliche Förderungen und falls ja, für welche Projekte?*

Zu 5.:

Der Verein „Die AnStifter – InterCulturelle Initiativen e. V.“ wurde in den Jahren 2017 und 2018 durch das Staatsministerium gefördert. Der Verein erhielt im Rahmen einer Projektförderung im Jahr 2017 eine Zuwendung im Umfang von 5 790 Euro für das Projekt „Materialien Workcamp Sant’Anna“ und im Jahr 2018 eine Zuwendung im Umfang von 20 000 Euro für das Projekt „Öffentlichkeitsarbeit Sant’Anna di Stazzema“.

6. *Erfüllt der in Frage 5 genannte Verein nach Sicht der Landesregierung die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit oder liegen mit Blick auf bestimmte Kooperationspartner (wie die auf der Homepage aufgelistete „antifaschistische Jugend Rhein-Neckar“) möglicherweise linksextremistische Einflüsse und eine politisch einseitige Agitation vor?*

7. *Inwiefern liegt bei dem gemeinnützigen Musikverein „Einsatz – Musik für Menschen in Not e. V.“ aus Sicht der Landesregierung eine politisch einseitige Agitation vor, hinsichtlich dessen Spendenaufrufe für die im Wahlkampf organisierte Anti-AfD Plakatkampagne?*

8. *Inwiefern liegt bei dem gemeinnützigen Verein „Bündnis Demokratie Ulm“ aus Sicht der Landesregierung eine politisch einseitige Agitation vor?*

Zu 6. bis 8.:

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen. Das Steuergeheimnis umfasst auch gegebenenfalls auf Basis tatsächlicher Umstände erfolgende Wertungen und Schlussfolgerungen der Finanzverwaltung.

9. Welche Möglichkeiten gibt es, einem Verein, der die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit nicht mehr erfüllt, die Gemeinnützigkeit abzuerkennen?

Zu 9.:

Ein als gemeinnützig anerkannter Verein muss in der Regel alle drei Jahre eine Gemeinnützigkeitserklärung beim zuständigen Finanzamt einreichen. Das Finanzamt prüft dann für jeden Veranlagungszeitraum, ob die tatsächliche Geschäftsführung den Satzungsbestimmungen und den weiteren gemeinnützigkeitsrechtlichen Vorgaben entspricht.

Gelangt das Finanzamt im Rahmen seiner Prüfung und nach Anhörung des Vereins zu dem Ergebnis, dass die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit nicht mehr gegeben sind, erfolgt die Aberkennung der Gemeinnützigkeit im Rahmen des Festsetzungsverfahrens. Das bedeutet, dass der steuerliche Freistellungsbescheid durch Erlass eines „normalen“ Steuerbescheids ersetzt wird. Einen gesonderten Aberkennungsbescheid sehen die Steuergesetze nicht vor.

Dr. Splett

Staatssekretärin